

Pflichtinnung Berlin

Versammlung am 14. August. Die von über 300 Uhrmachern besuchte Versammlung, an der eine Reihe von Ehrengästen teilnahm, wurde vom Obermeister Lamprecht geleitet. Die Versammlung sollte dem Zwecke dienen, die Mitglieder über die Innungsarbeiten in der letzten Zeit zu unterrichten.

Über das in der Innung neu eingerichtete Referat „Bildungswesen“ sprach Kollege Gohlke. Er wies darauf hin, daß gerade die Arbeit des Ausschusses für das Bildungswesen eine sehr verantwortliche ist. Von der ersten Lehrstunde an soll der Lehrling ausgebildet werden. Die Gehilfen können nach der Prüfung Meisterkurse besuchen. Der Ausschuß für das Bildungswesen vertritt nachstehende Forderungen:

1. Alle Lehrmeister müssen sich im Lehrvertrag verpflichten, ältere Lehrlinge während der ganzen Dauer der Lehrzeit nach der Fachschule zu schicken, damit diese das ganze theoretische und praktische Pensum erreichen.
2. Die amtliche Eignungsprüfung soll eingeführt werden.
3. Die Eignungsprüfung soll von jetzt ab von der Innung selbst vorgenommen werden.
- 3a. Die Uhrmacherinnung soll die Mittel zur Schaffung der entsprechenden Apparate aufbringen, die in der Schule gebaut werden sollen.
4. Alle Uhrmacherlehrlinge müssen vom ersten Tage der Lehre an den Unterricht in der Fachschule besuchen. Nur bei Annahme dieses Antrages können die Pläne des Ausschusses verwirklicht werden.
5. Wahl von Beauftragten für die Handwerkskammer zur Prüfung der Lehrverhältnisse in den einzelnen Betrieben.
6. Neubildung einer Kommission zur Unterstützung des Ausschusses für das Bildungswesen. Die Mitglieder dieser Kommission sollen sich aus Kollegen zusammensetzen, die den beiden Prüfungskommissionen angehören.

Gehilfen- und Meisterprüfungskommission

Nicht ein jeder, der sich meldet, soll das Handwerk erlernen können, sondern nur die Fähigsten. Die Eignungsprüfung soll Pflicht werden. In der Praxis haben sich mit ihr gute Erfahrungen gezeigt. Die Prüfung soll von der Innung selbst vorgenommen werden. Das Fundament der Lehrlingsausbildung bildet die vierjährige Lehrzeit. Die Schule soll lediglich ergänzend wirken. Der Bau einer Taschenuhr soll verlangt und während der Lehrzeit die Arbeitsleistung gesteigert werden. Die beiden ersten Jahre sollen der Großuhr dienen, die beiden zweiten der Taschenuhr. Zwischen der Fachschule und der Meisterlehre soll eine gute Zusammenarbeit bestehen, die sich aus Zusammenkünften von Schule und Lehrmeistern ergeben soll. Durch geeignete Auswahl wird man die Zahl der Lehrlinge verringern können, so daß die Gefahr von Schwarzarbeit der Überbleibenden ausgeschaltet wird. Eine gewisse Art von Lehrmeistern, die die Lehrlinge nicht genügend ausbilden, soll verschwinden. Kollege Gohlke geht dann auf die Handwerkerkarte ein, die erst bei der Reparaturannahme in Tätigkeit tritt. Meisterprüfungskurse sind in Berlin bereits seit fünf Jahren abgehalten, sie haben sich gut bewährt.

Bei dem Unterricht in der Fachklasse wird besonders auf praktische Arbeitsmethoden Wert gelegt. Die besten Arbeiten der Lehrlinge sind zu der Versammlung ausgestellt worden. Sie legen Zeugnis ab von dem hohen Wert dieses Unterrichts. Der Ausschuß für das Bildungswesen der Innung unterstützt die Maßnahmen des Kollegen Maekert und verlangt die Weiterführung der Arbeiten, die für jeden einzelnen in dem Bau einer Taschenuhr bestehen.

Über die Arbeit der Innung in der letzten Zeit berichtet Geschäftsführer Draeger. Er kann mitteilen, daß die Speisekarten aus Berlin verschwunden sind. Es ist bei Weigerungen der Entfernung von Speisekarten das Einigungsamt der Handels- und der Handwerkskammer zu Hilfe gezogen worden. Es ist festgestellt, daß Preisfestsetzung dann zulässig ist, wenn ein großer Kreis von Geschäften Preise einhält. Andernfalls liegen Schleuderpreise vor. Die Zwangsinnung soll auch die Heimarbeiter umfassen. Die Werkstätten in den Warenhäusern sind nicht verschwunden, im Gegenteil, ein bekanntes Berliner Warenhaus hat die Reparaturabteilung vermietet. Rabatte gibt es in Berlin nicht mehr. Gegen Skigin und zwei andere Berliner Firmen wird weiter vorgegangen werden. Über Liquidationen ist die amtliche Meinung jetzt, daß derjenige niemals einen Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe veranstalten darf, der sein Geschäft nicht mehr halten kann, weil unlautere Geschäftsmethoden nicht mehr zugelassen werden. In der Rundfunkreklame vertritt die Innung die Ansicht, daß der Rundfunk für die Allgemeinheit, also für Gemeinschaftsreklame, da ist und nicht für die Reklame einzelner. Geschäftsführer Draeger weist dann kurz auf die Inserate der Firma Heinicke (Braunschweig) in der Presse hin, auf die Methoden der WMF., auf Leihhäuser und auf Hypotheken, die halb bar, halb in Goldwaren gezahlt werden.

Über die Organisation spricht der I. Vorsitzende des Zentralverbandes, Kollege Ziepel. In dieser großen Zeit erwache uns durch die Mitarbeit an der Gesundung unseres Volkes eine Riesenaufgabe. Wir können durch das Zurückstellen des berufständischen Aufbaus uns auf diese Arbeit einstellen, uns selbst erziehen und unsere Organisation auf das Ziel dieses großen Aufbaus hinlenken. Wir müssen jeden Kollegen erfassen und haben dazu die Pflichtinnung nötig. Die besten Männer dieser Gemeinschaft werden den Vorstand bilden und ihren Vertreter in die nächsthöhere Organisation senden, bis sich zuletzt die Spitze bildet, die der Tüchtigste stellen muß. Mit den Gehilfen muß zusammengearbeitet werden. Wir müssen uns und die anderen wieder zu Treu und Glauben erziehen. Wir sollen uns bei unserem Werk immer wieder sagen, daß wir durch unsere Arbeit unserem Volk dienen. Wir sollen unsere Kunden zufriedenstellen, nach außen hin sollen wir uns durch Propaganda bemerkbar machen. Jeder Kollege, der etwas für die Gemeinschaft leisten kann, wird zur Mitarbeit herangezogen. Bezüglich der Reklame im Rundfunk muß in allernächster Zeit geklärt werden, wofür sich die verantwortlichen Stellen des Rundfunks entscheiden, ob für Einzelreklame oder für Gemeinschaftsreklame. Das beste sei die Gemeinschaftsreklame, jedoch sei Einzelreklame in gesunder Form nicht ohne weiteres abzulehnen. Bezüglich der Reparaturwerkstätten in Warenhäusern sind Verhandlungen mit dem zuständigen Ministerium im Gange. Jeder muß prüfen, ob er nicht irgendwie einen arbeitslosen Gehilfen in seinem Geschäft einstellen kann, um so an dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung mitzuhelfen. Der Zentralverbandsvorsitzende leitete dann die Abstimmung über die Bildung der Berliner Pflichtinnung. Die Pflichtinnung wurde einstimmig beschlossen. Anschließend blieben die Kollegen zu einem kleinen Beisammensein anlässlich des 20jährigen Bestehens der Berliner Innung zusammen. (VII/472)

Breslau. (Zwangsinnung.) Dritte Innungsversammlung am 26. Juli. Der Obermeister spricht nachträglich den in der April-Versammlung ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Langer und Brockel den Dank für die langjährige Mitarbeit aus. Die Firma Dittmann & Menschik hat nach Verhandlungen die Erklärung abgegeben, nur Fachgeschäfte mit Uhrteilen zu beliefern. Für die Feuerwehr wird zum Bezug von Uhrteilen ein Buch angelegt, in welches der Dezentert die zu beziehenden Uhrteile einträgt. Andere als im Buch stehenden Teile dürfen nicht abgegeben werden. Dieses Buch steht uns zu Kontrollzwecken zur Verfügung. Der Werkstattbetrieb der Feuerwehr wurde vom Vorstand besichtigt, vom Dezenterten wurde die Erklärung abgegeben, daß hier nur Dienstuhren, automatische Werke usw. in Ordnung gebracht werden, keinesfalls aber Uhren der Mannschaft oder der Beamten. Eine ähnliche Abmachung soll getroffen werden mit der Verwaltung des Stadt. Elektrizitätswerkes, des Elektrizitätswerkes Schlesien, der Reichsbahn und Aktiengesellschaft Meinecke. Die für den 31. Mai, 1. u. 2. Juni vom Uhrmacher Karneki, Bohrauer Str. 27, betriebene Auktion ist auf unser Einschreiten aufgehoben worden. Gegen einen Hausierer Laugwitz ist Anzeige erstattet worden wegen Hausierens mit Uhren. Die Zeugen sind bereits vernommen, ebenso in dem Verfahren gegen den Schwarzarbeiter Morawe. Die Beschickung der Braunen Messe September-Oktober bleibt jedem Mitglied überlassen.

Der Wunsch, unsere Jubiläumsausstellung nach dem Messehof zu legen, ist nicht mehr durchführbar, da die Reklame bereits im Druck ist und auch die Räume dafür schon belegt sind. Für die Ausstellung gingen noch als Spenden ein: Vom Kollegen Max Weiß eine silberne Spindeluhr und ein ganz hohes Spindelwerk, vom Kollegen von Jutzzenka (Muskau) eine alte Holzstuhluhr und ein Minutenschwinger mit doppelseitigem Zifferblatt, vom Kollegen Hauschild ein Geschwindigkeitsmesser, vom Kollegen Maßny eine silberne Duplex-Uhr, ein Schrittzähler, verschiedene alte Werkzeuge, vom Kollegen Rüdiger ein Schrittzähler, vom Kollegen Trowe leihweise ein eisernes Wanduhrwerk, eine Lackblattuhr mit Holzrädern, eine kleine Messinguhr mit Schlagwerk und Wecker, vom Kollegen Pfizner ein Ankergangmodell. Der Obermeister dankt den Spendern. Die Hitler-Spende erbrachte einen vorläufigen Betrag von 450 RM. (VII/455)

R. Hempel, Obermeister. A. George, Schriftführer.

Buer. (Uhrmacher- und Goldschmiedeinung.) Dritte Quartalsversammlung am 3. August. Geschäftsführer Confer erstattete einen eingehenden Bericht über die Vorstandssitzung des Innungsausschusses Buer. Gegenstand der Verhandlungen waren unter anderem die Maßnahmen der Reichsregierung: Vollstreckungsschluß, Arbeitsbeschaffung, Adolf-Hitler-Spende und Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, Gesetzentwurf zur Erleichterung für Hausgehilfen, Gesetzentwurf betreffend Ehestandsdarlehen, Erfrischungsräume, Schließung sämtlicher Handwerksstätten in Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften. Über den Obermeisterstag in Dortmund gab Herr Obermeister Evers anschaulichen